

Peking. Chinas Spitze hat nach einem zweiten düsteren Handelstag die Leitzinsen gesenkt. An den Börsen im Westen wurden die Vortagesverluste verringert. **Seite 30**

Pfäffikon. Charles Modehandelsgrup zurückgeworfen w

«Wir werden nicht zurückbuchstabieren»

Botschafter Henri Gétaz sucht nach einer angepassten Personenfreizügigkeit

Von Kurt Tschan

Basel. «16 Kantone haben der Masseneinwanderungs-Initiative am 9. Februar zugestimmt. So ein Ergebnis kehrt man auch mit einer zweiten Abstimmung nicht einfach um», sagte gestern Abend Botschafter Henri Gétaz, der im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten die Direktion für europäische Angelegenheiten leitet, an einer Podiumsveranstaltung von Metrobasel am EuroAirport. Obwohl die Initiative in diesem Punkt glasklar sei, wäre es seines Erachtens falsch, zum Modell der Kontingentierung zurückzukehren. Das Beispiel aus den Siebzigerjahren habe gezeigt, dass in einem solchen Fall die Zuwanderung nicht abnehme, sondern grösser werde.

Nach Ansicht von Brigitte Guggisberg, der Geschäftsführerin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, würden so vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz gelangen. Gegenwärtig sei das Gegenteil der Fall, die Zahl der Hochqualifizierten würde jene der schlechter Qualifizierten deutlich übertreffen. Gétaz plädierte deshalb für einen psychologisch relevanten Bremsmechanismus. «Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Zuwanderung zu begrenzen.» Er sprach von einer angepassten Freizügigkeit, die in einem neuen Konsens münden müsse.

Gemäss Gétaz ist es allerdings offen, wie diese Lösung aussehen soll. Zur Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa), die eben erst zustande gekommen ist, sagte er, dass das Rad nicht zurückgedreht werden könne. «Wir werden nicht zurückbuchstabieren», das sei keine Lösung. Er erinnerte daran, dass das Wachstum in der Schweiz erst mit den Bilateralen I eingesetzt habe. Der bilaterale Weg sei unver-



Festhalten am Status quo. Kaspar Engeli, Direktor Handel Schweiz, Brigitte Guggisberg vom WWZ Basel, Lörrachs OB Jörg Lutz, Gesprächsleiter Frank Linhart, Regierungsrat Christoph Brutschin, Novartis-Delegierter Matthias Leuenberger und Botschafter Henri Gétaz sehen keine Alternative zu den bilateralen Verträgen mit der EU. Foto Nicole Pont

zichtbar für einen reibungslosen Handel mit der EU. Immerhin werde pro Werktag mit der EU ein Handel im Wert von einer Milliarde Franken betrieben. Alleine der Handel mit Baden-Württemberg übertreffe jenen mit den USA.

Brenneisens Kritik an Konzernen

Grund genug für den Oberbürgermeister von Lörrach, Jörg Lutz, auch auf die Bedeutung der Freizügigkeit in der Grenzregion zu verweisen. Alleine in Lörrach würden 6000 Grenzgänger leben. In Deutschland sei deshalb die Bereitschaft vorhanden, mit der Schweiz die Personenfreizügigkeit zu thematisieren. Ein Land mit Vollbeschäftigung werde aber in Brüssel nie

als Sonderfall betrachtet. Unausgesprochene Ängste bei einer Vollbeschäftigung liessen sich kaum begründen

Der Basler Volkswirtschaftsdirektor Christoph Brutschin bezeichnete das Abstimmungsergebnis von 50,3 Prozent als neue Unglückszahl der Schweiz. Aber er plädierte auch dafür, den Ursachen des Ergebnisses auf den Grund zu gehen. Viele Probleme wie steigende Mieten würden auf die Zuwanderung zurückgeführt. Wenn schon Kontingente, dann müssten sie hoch sein und mit einem einfachen Bewilligungsverfahren verknüpft.

Kaspar Engeli, Direktor von Handel Schweiz, will dafür kämpfen, dass die Rechtsunsicherheit als Folge der

Annahme der Initiative verschwindet. Nichts sei nämlich schädlicher für die Wirtschaft als diese. Matthias Leuenberger, Delegierter von Novartis Schweiz, ist davon überzeugt, dass letztlich die Forschung Schritt für Schritt ins Ausland verlagert würde, weil der internationale Austausch in der Spitzenforschung von eminenter Bedeutung sei. Jenen, die mit Ja gestimmt hätten, seien offenbar die Folgen nicht klar gewesen. Der frühere Chef von Novartis Schweiz, Pascal Brenneisen, nahm wiederum die Konzerne in die Pflicht. Diese müssten stärker auf das Umfeld in der Schweiz sensibilisiert sein «und – wenn es um Abbaupläne gehe – diese jetzt hinterfragen», forderte er.